

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Vorwort der Verfasser</i>	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIX

Teil 1

Konsensualverteidigung und Konfliktvermeidungsstrategien

A. Einleitung in die Sachverständigenthematik	1
I. Aufgaben Psychiatrischer und Psychologischer Sachverständiger im Strafverfahren	1
II. Sachverständige bei Beurteilung der Schulpflichtigkeit (§§ 20, 21 StGB)	2
1. Der Schuldbegehr des Strafgesetzbuchs	2
2. Schuldbegehr und neurobiologische Forschung	2
III. Sachverständige bei der Erstellung von Kriminalprognosen ...	4
IV. Sachverständige im Jugendstrafrecht	5
V. Erweiterung der Aufgabenfelder für Sachverständige durch gesetzliche Neuregelungen und Erhöhung der Unterbringungszahlen	7
VI. Mangel an qualifizierten Sachverständigen	10
VII. Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Disziplinen ...	11
VIII. Die schwache Rechtsstellung der Verteidigung	12
IX. Die „Weichheit“ der diagnostischen Kriterien	13
X. Subjektivität der Bewertung	13
XI. Das Vorverständnis der Gutachter	14
XII. Gefahren eines konsensualen Vorgehens	16
B. Der Krankheitsbegriff in §§ 20, 21 StGB	18
I. Der Aufbau der §§ 20, 21 StGB	18
II. Die unzeitgemäße Rechtsprechung des BGH zu §§ 20, 21 StGB	20
III. Zum „ersten Merkmal“ des § 20 StGB: Krankhafte seelische Störung	23
IV. Zum „zweiten Merkmal“ des § 20 StGB: Tiefgreifende Bewusstseinsstörung, insb. Affekttaten	24
1. Merkmalskatalog von Saß zu den Affekttaten	24
2. Zur Kriminologie von Affekttaten	26

IX

Inhaltsverzeichnis

3. Der verschuldete Affekt	26
4. Die Vorsatzproblematik bei Tötung im Affekt	26
V. Zum „dritten Merkmal“ des § 20 StGB: Schwachsinn	28
VI. Zum „vierten Merkmal“ des § 20 StGB: Schwere andere seelische Abartigkeit	29
1. Sexuelle Verhaltensabweichungen und Störungen	31
2. Süchte	33
a) Alkoholsucht	33
b) Drogensucht	35
c) Spielsucht, pathologisches Stehlen und pathologische Brandstiftung	36
3. Stalking (§ 138 StGB)	37
4. Persönlichkeitsstörungen (ehemals als Psychopathien und Neurosen bezeichnet)	38
5. Anpassungsstörungen	40
6. Das Burn-Out-Syndrom	40
7. Entwurzelungsneurosen	42
8. Posttraumatische Belastungsstörung	43
VII. Die Klassifikationssysteme ICD-10 Kap. V und DSM-IV	44
VIII. Schulpflichtigkeit bei Jugendlichen und Heranwachsenden	46
1. Krankhafte seelische Störung bei Jugendlichen und Heranwachsenden	47
2. Tiefgreifende Bewusstseinsstörung bei Jugendlichen und Heranwachsenden	48
3. Schwachsinn bei Jugendlichen und Heranwachsenden	49
4. SASA bei Jugendlichen und Heranwachsenden	49
C. Anforderungen an Sachverständigengutachten	51
I. Traditionelle Standards	51
1. Sorgfalt und Gründlichkeit	51
2. Sachverständigkeit	51
3. Objektivität	52
4. Kritische Einstellung des Gutachters zum Probanden	53
5. Verständlichkeit	53
6. Forderungen aus psychologischer Sicht	54
II. Heutige Standards	55
1. Forderung nach Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei Glaubhaftigkeitsgutachten im Urteil des BGH vom 30.7.1999	55
a) Der Sachverständige als Gehilfe des Gerichts	55
b) Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	56
c) Die Grundsprinzipien empirisch-wissenschaftlicher Tätigkeit	57

2. Implementierung von Mindeststandards für Schuldfähigkeitsgutachten im Urteil des BGH vom 21.1.2004	58
3. Die Ausarbeitung von Mindestanforderungen für Schuldfähigkeitsgutachten durch die Arbeitsgruppe <i>Boetticher et al.</i>	59
D. Katalog der formellen und inhaltlichen Mindestanforderungen ..	60
E. Mindestanforderungen bei der Schuldfähigkeitsbeurteilung ..	61
F. Die Kriminalprognose	66
I. Das gesellschaftliche Binnenklima um den Rückfall	66
II. Mehrdimensionaler Ansatz bei der Kriminalprognose	75
1. Notwendigkeit eines mehrdimensionalen Ansatzes	75
2. Bedeutung neurobiologischer Forschungsergebnisse	76
III. Das „syllogistische“ Denkmodell zur Kriminalprognose von Volckart	78
IV. Prognosen und Beweisrecht	80
V. Wichtige Fehlerquellen bei der Würdigung der Prädiktoren bei Kriminalprognosen	81
VI. Grenzen der kriminalprognostischen Beurteilung	83
VII. Basiswissen zur Prognoseerstellung	87
1. Die „großen Vier“ der Kriminopsychologie	87
2. Statistische und Klinische Prognose	88
a) Statistische Prognose	88
aa) Beschreibung	88
bb) Die Nachteile	89
b) Klinische Prognose	91
aa) Beschreibung	91
bb) Nachteile	92
3. Prognoseformen	93
VIII. Checklisten und Prognosetafeln (Prognoseinstrumente)	94
1. Zum richtigen Umgang mit Prognoseinstrumenten	94
2. Checklisten und Prognosetafeln im Einzelnen	98
a) Prognoseinstrumente aus dem angloamerikanischen Raum	98
aa) Psychopathie-Checkliste PCL-R von Hare	98
bb) HCR-20 + 3 Version Haina – Merkmalliste zur Voraussage von psychisch kranken Gewalttätern von Webster und Eaves	100
cc) Itemlisten von HCR-20 und VRAG	102
dd) Gegenüberstellung des PCL-R, HCR 20 und SVR von Eisenberg	103

Inhaltsverzeichnis

ee) Bedenken der Strafrechtswissenschaft gegen die vorgenannten Prognosetafeln	104
ff) LSI-R_Revised	107
b) Prognoseinstrumenten aus dem deutschsprachigen Raum	109
aa) Die Berliner CRIME-Studie von Dahle	109
bb) FOTRES	112
cc) Die Tatortanalyse (abgekürzt TOA)	113
dd) Die MIVEA-Prognose	118
ee) Kriterienliste von Dittmann zur Beurteilung „gemeingefährlicher Straftäter“	121
IX. Besonderheiten der Prognosen bei Maßregeln der Besserung und Sicherung	129
1. Zum Maßregelvollzug gemäß § 63 StGB (Psychiatrisches Krankenhaus)	129
2. Zum Maßregelvollzug gemäß § 64 StGB (Entziehungsanstalt)	130
3. Rückfallbegünstigende institutionelle Bedingungen des Straf- und Maßregelvollzugs	132
4. Wegweiser aus dem Maßregelvollzug	133
5. Doppelrolle der Verteidigung im Maßregelvollzug	136
6. Zum Maßregelvollzug nach § 66 ff. StGB (Sicherungsverwahrung)	137
a) Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die BRD zur Sicherungsverwahrung vom 17.12.2009	138
aa) Inhalt	138
(1) Verletzung des Art. 5 Europäische Menschenrechtskonvention	139
(2) Verletzung des Art. 7 Europäische Menschenrechtskonvention	140
bb) Folgen	141
b) Aktuelle Reformvorhaben des Gesetzgebers	144
aa) Vorhaben im Erwachsenenstrafrecht	144
(1) Änderungen bei der primären Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB)	144
(2) Ausbau der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung (§ 66a StGB)	145
(3) Stärkung der Führungsaufsicht	145
(4) „Gesetz zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter“	145
bb) Vorhaben im Jugendstrafrecht	146

c) Die (noch bestehende) Rechtslage zu den §§ 66, 66a und 66b StGB	146
aa) Hang, Definitionsversuche	147
bb) Gefährlichkeitsprognose	148
cc) Kriterien der Erheblichkeit der Straftaten	148
dd) Bedenken gegen die Sicherungsverwahrung	149
ee) Typische Fallkonstellationen für den Sachverständigen	150
d) Vorgaben des BVerfGs zur Sicherungsverwahrung, Urteil vom 5.2.2004	151
aa) Einschätzung der Qualität von Sachverständigen- prognosen	151
bb) Bedingungen für die Aussetzung und Erledigung der Sicherungsverwahrung	152
cc) Mindestanforderungen an ein Entlassungsgutachten nach § 67d Abs. 3 StGB	154
X. Besonderheiten bei ausländischen Verurteilten	156
XI. Besonderheiten der Prognose bei Jugendlichen und Heranwach- senden	156
XII. Die Ausarbeitung von Mindestanforderungen für Prognose- gutachten durch die Arbeitsgruppe Boetticher et al.	165
G. Kompetenzabgrenzung von psycholog. und psychiatr. Sach- verständigen	173
I. Die Disziplinen der Psychowissenschaften	173
1. Die Forensische Psychiatrie und der Agnostizismusstreit ..	173
2. Die Rechtspsychologie	175
3. Die Psychoanalyse	175
II. Zertifizierungen	177
1. Zertifizierung zur/zum „Fachpsychologen/in für Rechts- psychologie“	177
2. Zertifizierung zur/zum „Forensischen Psychiater/in“ ..	178
III. Die Kompetenzabgrenzung zwischen Psychiatern und Psycho- logen bei Erstattung von Schuldfähigkeitsgutachten	179
1. Rechtsprechung des BGH	179
2. Die strafrechtliche Kommentarwissenschaft	179
3. Position der forensischen Psychiatrie	180
4. Position der Rechtspsychologie	182
5. Tendenzen zur Versachlichung der Kompetenz- streitigkeiten	184
IV. Die Kompetenzabgrenzung bei Gutachten zur Kriminal- prognose	185
1. Die Rechtsprechung des BGH	185

Inhaltsverzeichnis

2. Die strafrechtliche Kommentarwissenschaft	185
3. Position der Forensischen Psychiatrie	187
4. Position der Rechtspsychologie	187
5. Fazit	187
H. Empfehlungen für die Verfahrensbeteiligten zur Konflikt-vermeidung	189
I. Empfehlungen für die Staatsanwaltschaft	189
1. Empfehlungen zur Gutachterauswahl (Nr. 70 RiStBV)	189
2. Empfehlung des Antrags auf Bestellung eines Pflichtverteidigers (Nr. 70 RiStBV)	193
3. Empfehlung des Antrags auf Bestellung des Sachverständigen durch das Gericht (BGH)	193
4. Vermeidung der Bestellung von Hausgutachtern	196
5. Empfehlungen für den Auftrag an den Gutachter / Rostocker Checkliste	199
6. Empfehlung bei Beauftragung eines Sachverständigen durch den Jugendstaatsanwalt	200
II. Empfehlungen für das Gericht	201
1. Vorsicht vor Voreingenommenheit	201
2. Empfehlung für den Umgang mit einem „präsenten Sachverständigen“	203
3. Empfehlung, Verständigungsschwierigkeiten gegenüber Sachverständigen entgegenzuwirken	204
4. Empfehlung an Vollstreckungsrichter, rechtswidrig vorhandene Vollzugslockerungen nicht hinzunehmen	207
III. Empfehlungen für Sachverständige	213
1. Beherzigung der ethischen Richtlinien für Sachverständige	213
a) Richtlinien für Forensische Psychiater	213
b) Richtlinien für Rechtspsychologen	215
2. Beachtung der Berufsordnungen und der Strafsprozessordnung	216
a) Erfordernis zu Unvoreingenommenheit und Neutralität	216
b) Erfordernis der fachlichen Kompetenz	217
c) Erfordernis der Vertrauenswürdigkeit	218
3. Empfehlung zur Selbstreflexion und zum richtigen Umgang mit der Verteidigung	218
4. Einhaltung der angemessenen Frist zur Erstellung des Gutachtens	220
5. Hinwirken auf einen korrekten Begutachtungsauftrag	223

6. Hinwirken des Sachverständigen auf eine Verständigung aller Prozessbeteiligten auf seine Auswahl	224
7. Vorsicht bei Übertragung des Auftrages auf Dritte und die Heranziehung von Hilfspersonen	224
8. Keine Informationsgewinnung ohne Genehmigung durch den Auftraggeber	225
9. Umfassende Pflicht zur Aufklärung des Probanden über sein Recht, jede aktive Mitwirkung zu verweigern	226
10. Belehrungspflicht des Gutachters im Hinblick auf das Schweigerecht des Probanden	226
11. Verbote Methoden	227
12. Keine Diagnose ohne Exploration, Fragwürdigkeit der Verhaltensbeobachtung	229
13. Ausreichender Zeitaufwand für die Begutachtung	230
14. Begrenztes Volumen des Gutachtens	231
15. Umgang bei einem unvorhergesehenen Geständnis	232
16. Selbstanzeige bei Befangenheit und Rückgabe des Gutachtenauftrages	233
17. Vermeidung des Verdachts der Besorgnis der Befangenheit und normative Enthaltsamkeit	233
18. Keine Furcht vor der Rolle als präsentes Beweismittel	235
19. Empfehlung eines Hauptverhandlungsvorbehalts	236
20. Umgang mit einem Dolmetscher	237
21. Besondere Empfehlungen bei Erstellung von Gutachten für Jugendliche und Heranwachsende	239
IV. Empfehlungen für die Verteidigung	242
1. Aneignung von Basiswissen	242
2. Prüfung der Erforderlichkeit einer Begutachtung des Mandanten	242
3. Entscheidung des Verteidigers über eine Mitwirkung bei der Auswahl eines Sachverständigen	245
4. Suche nach einem qualifizierten und aufgeschlossenen Sachverständigen	246
5. Befragung des ins Auge gefassten Sachverständigen	247
6. Keine Weitergabe von falschen Informationen über den Mandanten an den Sachverständigen	248
7. Richtiger Zeitpunkt für den Vorschlag eines Sachverständigen und diesbezüglicher Beweisanträge	248
8. Kontakt aufnahme zu dem ohne Wissen und Willen der Verteidigung beauftragten Sachverständigen	254
9. Ablehnung des Sachverständigen im Ermittlungsverfahren	255

Inhaltsverzeichnis

10. Umgang der Verteidigung mit dem „präsenten Sachverständigen“	256
11. Kenntnisse des Revisionsrechts	261
Teil 2	
Konfliktbereite Verteidigung	
A. Hauptkonfliktfälle	265
B. Tätigkeit der Verteidigung vom Ermittlungsverfahren	267
I. Das Gutachten ist noch nicht erstattet	267
1. Der Rat zu schweigen	267
a) Die vormalige Praxis der Verteidigung	267
b) Problematik der Verweigerung der Untersuchung (Exploration) und der Anwendung von Drohgebärden – Konsequenzen aus der „Ziegert II“ Entscheidung des BGH	268
c) Kritik an der „Ziegert II“ Entscheidung des BGH	270
2. Antrag auf schriftliches Vorgutachten	276
II. Das Gutachten ist erstattet	276
1. Überprüfung auf Fehlerquellen	276
a) Fehlerquellen in forensischen Gutachten – Checkliste nach <i>Heinz</i>	279
b) Fehlerquellen speziell in psychologischen Gutachten ..	280
c) Fehlerquellen in Prognosegutachten – Checkliste nach <i>Volckart</i>	281
d) Fehlerquellen speziell in Jugendgutachten	283
2. Umgang mit einem „Obergutachter“ der Staatsanwaltschaft ..	285
3. Zeitpunkt der Bekanntgabe von Gutachtenfehlern gegenüber der Justiz	285
C. Tätigkeit der Verteidigung in der Hauptverhandlung	286
I. Aussetzungsantrag bei fehlendem schriftlichen Gutachten ..	286
II. Antrag auf Beziehung der Arbeitsunterlagen des Sachverständigen	286
III. Zur Verlesung von Psychogutachten im Strafprozess	288
IV. Fragerecht der Verteidigung	290
V. Fragen an die Psychosachverständigen	291
1. Vorsicht vor schematischer Abarbeitung der Fragekataloge ..	291
2. Kernfragen	292
a) Kernfragen an Schuldfähigkeitsgutachter	292
b) Kernfragen an Prognosegutachter	294
3. Belehrungsfrage	294

4. Wissensfragen	294
a) Wissensfragen an forensische Psychiater	296
b) Wissensfragen an Rechtspsychologen	296
5. Fragen zur Dokumentation der Exploration	298
6. Fragenkataloge an alle Gutachter bei Erstellung von Gutachten zur Schulpflichtigkeit und zur Kriminalprognose	299
a) Fragen zu den subjektiven Aspekten der Begutachtung nach <i>Rode/Legnaro</i>	299
b) Fragen zur Untersuchung und Exploration	300
c) Zusatzfragen nur an forensische Psychiater	301
d) Zusatzfragen nur an Rechtspsychologen	302
e) Zusatzfragen nur an Prognosegutachter	303
f) Zusatzfragen nur an Jugendsachverständige	304
VI. Entbindung des Sachverständigen, § 76 Abs. 1 Satz 2 StPO	305
VII. Ablösung des Sachverständigen, § 83 Abs. 1 StPO	305
VIII. Ablehnung des Sachverständigen, § 74 StPO	306
IX. Ablehnung eines bei der Begutachtung beteiligten Dolmetschers, § 191 GVG	311
X. Vernehmung des Sachverständigen als sachverständiger Zeuge	312
XI. Antrag auf Vereidigung des Sachverständigen	313
XII. Der Psychosachverständige als Gehilfe des Verteidigers	314
XIII. Beweisantragsrecht	315
1. Die umstrittene Rechtsprechung des BGH zum Beweisantragsrecht bei Sachverständigen	315
2. Neue Denkansätze	316
a) Das Recht auf einen bestimmten Sachverständigen	317
b) Das Recht auf den weiteren Sachverständigen	320
c) Beweisantrag auf Einholung eines Gutachtens zur Kriminalprognose bei Strafaussetzung zur Bewährung nach § 56 StGB	324
3. Beweisantrag auf Vernehmung des präsenten Sachverständigen in der Hauptverhandlung, §§ 38, 220, 245 Abs. 2 StPO	327
a) Voraussetzungen für die Antragstellung	327
b) Vereidigung des präsenten Sachverständigen	328
c) Antrag auf Entschädigung aus der Staatskasse	328
D. Schlussbetrachtung	329
<i>Verzeichnis der Checklisten, Übersichten und Fragenkataloge</i>	331
<i>Literaturverzeichnis</i>	335
<i>Stichwortverzeichnis</i>	355